E-Government-Analyse

Debatte zentralisieren

[03.04.2014] Über die Hintergründe der Analyse „E-Government-Dienste in Europa – ein Vergleich von sieben Ländern“, spricht Mark Speich, Geschäftsführer des Vodafone Instituts für Gesellschaft und Kommunikation, im Kommune21-Interview.

Herr Dr. Speich, das Vodafone Institut für Gesellschaft und Kommunikation hat den Vergleich von E-Government-Diensten in sieben europäischen Ländern gewagt. Was war das Ziel der Analyse?

E-Government wird in Deutschland vor allem als Aufgabe für IT-Verantwortliche oder Spezialisten der Verwaltungen diskutiert. Dabei geht oft die Nutzerperspektive verloren. Als Vodafone Institut sind wir daran interessiert, die Potenziale von E-Government für Bürger und Unternehmen stärker in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

Was kann der Public Sector in Deutschland von den Vorreitern Estland und Österreich lernen?

Der Aufbau einer flexiblen digitalen Infrastruktur für E-Government, das klare Bekenntnis zu Transparenz und Datenkontrolle sowie die Konzentration auf größtmögliche Zeitersparnis und Nutzerfreundlichkeit für die Bürger sind Prinzipien, die wesentlich zum Erfolg von E-Government-Angeboten in Deutschland beitragen können. Insbesondere die Erfahrungen aus Estland zeigen, wie wichtig mobile Zugänge für erfolgreiche E-Government-Dienste geworden sind.

Insbesondere die Erfahrungen aus Estland zeigen, wie wichtig mobile Zugänge für erfolgreiche E-Government-Dienste geworden sind.

Was sind hierzulande die größten Hindernisse für ein erfolgreiches E-Government?

Bestehende Verwaltungsangebote dürfen nicht weiter einfach eins zu eins online übersetzt werden. Sie sollten stärker an die Lebensumstände der Bürger angepasst werden und einen echten Zusatznutzen gegenüber dem herkömmlichen Gang zur Behörde bieten. Wir hätten mehr Erfolg, wenn Bürgerdienste teilweise automatisiert oder gebündelt werden – online wie offline.

Wie sind Sie bei der Studie vorgegangen?

Grundlage unserer Studie waren Expertengespräche mit den Köpfen hinter dem E-Government-Erfolg Estlands. Viele strategische und politische Erfahrungen aus dem baltischen Staat sind auch für Entscheidungsträger anderer europäischer Länder von hoher Relevanz. Der Vergleich existierender E-Government-Dienste in Europa wurde vom Zentrum für sichere Informationstechnologie an der Technischen Universität Graz zusammengestellt. Es geht um die Online-Verfügbarkeit von Behördenangeboten, die in der Bevölkerung häufig nachgefragt werden.

Was waren die besonderen Herausforderungen der Studie?

Grundsätzlich ist ein fairer Ländervergleich des Entwicklungsstands von E-Government methodisch betrachtet eine Herausforderung – gerade, wenn man Zentralstaaten mit föderalen Systemen vergleicht. Konzentriert man den Blick auf die aktuell verfügbaren Online-Angebote, wird es einfacher.

Interessanterweise standen wir bei der Recherche vor dem gleichen Problem, das auch viele Nutzer kennen: Verwaltungsangebote sind online häufig nur schwer zu finden.

()

Zur Analyse: E-Government-Dienste in Europa – ein Vergleich von sieben Ländern

Stichwörter: Politik, Studie, Vordafone Institut, Estland, International